Sachdokumentation:

Signatur: DS 3556

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3556

Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

INFORMATIONEN UND ARGUMENTE ZUR 99%-INITIATIVE!

INHALT

Ausgangslage	1
Was will die Initiative?	3
Was die Schweiz gewinnen kann	5
Behauptungen unserer Gegner*innen	6
Quellenverzeichnis	9

AUSGANGSLAGE

Die Schweiz ist heute eines der wohlhabendsten Länder der Welt. In den letzten Jahrzehnten ist der Reichtum in der Schweiz stark angestiegen, doch von diesem Zuwachs hat insbesondere eine kleine Minderheit profitiert: Während das reichste 1% 2003 gut 36% der Gesamtvermögen in der Schweiz auf sich vereinte, liegt ihr Anteil heute bereits bei über 43%[1]. Am stärksten zugelegt haben dabei die 300 Reichsten, welche ihre Vermögen seit 2003[2] auf 707 Milliarden Franken verdoppeln konnten.[3]

Während die Reichen immer reicher werden und unvorstellbare Privilegien erhalten, wird die Luft für die Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen dünner: Die steigenden Krankenkassenprämien und Mieten fressen einen immer grösseren Teil ihrer Löhne und viele öffentliche Leistungen sind der Abbaupolitik zum Opfer gefallen. Auch die Zahl der Armutsbetroffenen steigt an: Fast jede zehnte Person ist heute von Einkommensarmut betroffen.[4]

1 Eigene Berechnung nach Methodik des SGB-Verteilungsberichts (2020) anhand der Gesamtschweizerischen Vermögensstatistik der natürlichen Personen (2017) (Daten: Eidgenössische Steuerverwaltung (2020)).

2 swissinfo (2003).

3 SRF (2020).

4 Caritas Schweiz (2020).

Die Vermögensungleichheit in der Schweiz verschärft sich von Jahr zu Jahr. Die Türen zum exklusiven Club der Superreichen sind dabei weitgehend geschlossen. Wer in der Schweiz einmal zu den Superreichen gehört, bleibt es in aller Regel auch. 99% der Menschen, welche 2002 zum vermögendsten 1% gehörten, zählten auch 10 Jahre später noch zu den 10% der Reichsten.[5]

Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit verschwindend klein, dass Personen von ganz unten nach oben aufsteigen.[6] Massiver Reichtum ist in der Schweiz oft nicht die Folge von harter Arbeit, sondern von hohen Erbschaften und bestehenden Vermögen, die sich automatisch vermehren. Ein zentraler Treiber dieser Entwicklung sind Kapitaleinkommen, welche den Reichsten jedes Jahr Milliarden aufs Konto spülen, ohne dass sie dafür einen Finger rühren müssen.

Unter Kapitaleinkommen verstehen die Initiant*innen Einkommen, welche nicht durch Lohnarbeit, Ansprüche auf Sozialversicherungen oder selbständige Tätigkeit generiert werden, sondern angelegtes Vermögen belohnen. Darunter fallen etwa Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen und Kapitalgewinne. Bei Kapitaleinkommen handelt es sich dabei immer um Einkommen auf Kosten von anderen.

Dazu gehören beispielsweise Dividenden: Diese verringern die Löhne der Menschen, die tatsächlich die Wertschöpfung in Unternehmen erarbeiten. Ein Blick auf 33 der grössten börsenkotierten Konzerne in der Schweiz lässt erahnen, wie viel Wertschöpfung von Kapitaleinkommen weggefressen wird: 2019 gingen mehr als 30% der ausbezahlten Gelder an die Aktionär*innen statt an die Angestellten.[7]

Gemäss der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden in der Schweiz jährlich im Schnitt 70 Milliarden Franken Kapitaleinkommen an Privatpersonen ausgeschüttet[8]. Darin nicht erfasst sind die Kapitalgewinne, also zum Beispiel Profite aus Aktienverkäufen, sowie Mieteinnahmen. Von diesen Milliarden fliessen rund 60% in die Taschen des reichsten 1%.[9] Kapitaleinkommen sind damit ein fortlaufender Motor der Umverteilung von Unten nach Oben.

In den letzten Jahren hat sich die Vermögenskonzentration zusätzlich verschärft durch zahlreiche steuerliche Entlastungsprojekte für die Reichsten, welche die öffentliche Hand jedes Jahr Milliarden kosten. Ein Beispiel sind die eingeführten Steuerprivilegien für Grossaktionär*innen, deren Dividenden heute tiefer versteuert werden als die Lohneinkommen der arbeitenden Bevölkerung.[10] Gleichzeitig ist die Steuer- und Abgabenlast auf den Schultern der Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen angestiegen und die reale Progression der Steuern und

5 Martínez, I.Z. (2020), S. 41.

6 Martínez, I.Z. (2020), S. 39.

7 UNIA Lohnschere-Studie (2020), S. 6.

8 Bundesamt für Statistik (2020b).

9 Eigene Berechnung anhand von Forschungsergebnissen aus dem Kanton Bern (insb. Brunner, M. et al. (2020), S. 9f) und anhand der errechneten Vermögensverteilung nach ESTV (2020) und SGB (2020).

10 Für eine detaillierte Übersicht zu den Mindereinnahmen, die alleine durch die Unternehmenssteuerreform II entstanden sind, siehe SGB (2016).

Abgaben ist fast gänzlich wegschmolzen.[11] Diese Entwicklung ist kein Zufall: Eine Konzentration des Geldes bedeutet immer auch eine Konzentration der Macht. Superreiche kaufen sich heute ganze Medienhäuser, Lobbyist*innen und teure Abstimmungskampagnen und können die politischen Spielregeln damit zunehmend nach ihrem Gusto gestalten.

Diesen gefährlichen Teufelskreis muss durchbrochen werden, denn der Anstieg der Ungleichheit wird zunehmend zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. Er schränkt nicht nur die Funktionsweise unserer Demokratie ein und erhöht den Druck auf tiefe und mittlere Einkommen, er schadet auch der wirtschaftlichen Entwicklung.

Während Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen ihr Geld für Konsum ausgeben und die Wirtschaft damit ankurbeln[12], besitzen Superreiche heute mehr Geld, als man in einem Leben ausgeben kann. Investitionen in die Realwirtschaft stagnieren deshalb seit Jahren[13] und immer mehr Geld fliesst in Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten. Das erhöht die Anfälligkeit für Wirtschaftskrisen, wovon die Leidtragenden die 99% und kleine und mittlere Unternehmen sind. Mit der 99%-Initiative gebieten wir dem gefährlichen Anstieg der sozialen Ungleichheit Einhalt und schaffen endlich mehr Gerechtigkeit, indem das Geld an die 99% zurückgegeben wird, die den Wohlstand unserer Gesellschaft jeden Tag erarbeiten.

WAS WILL DIE INITIATIVE?

Die 99%-Initiative will das reichste 1%, das leistungsfreie Kapitaleinkommen in Milliardenhöhe einstreicht, endlich höher besteuern und Menschen entlasten, die jeden Tag für ihren Lohn arbeiten müssen. Dazu sollen Kapitaleinkommen über einem gesetzlich festgelegten Freibetrag 1.5fach besteuert werden. Betroffen sind insbesondere Dividenden, realisierte Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Der Eigenmietwert, Rentenauszahlungen und Einkommen aus selbständiger Erwerbsarbeit sollen hingegen von einer erhöhten Besteuerung ausgenommen werden.

Die Initiative ändert dabei nicht die heutigen Steuersätze, sondern lediglich die Berechnung des steuerbaren Einkommens. Dies gilt für Gemeinden, Kantone und Bund gleichermassen.
Ab welcher Höhe Kapitaleinkommen 1.5fach besteuert werden, wird vom Parlament festgelegt. Die Initiant*innen schlagen dabei für Alleinstehende einen Freibetrag von 100’000 Franken vor. Damit stellen sie sicher, dass Kleinsparer*innen nicht betroffen sind, sondern nur Superreiche, die so viel Kapitaleinkommen erhalten, dass sie nicht arbeiten müssen.

11 Lampart, D. / Schüpbach, K. (2020), S. 21.

12 Lampart, D. (2010), S. 10.

13 Bundesamt für Statistik (2020a).

Beispiele zur Wirkung der 99%-Initiative

Herr S. hat 170 Millionen angelegt. Er erhält von dieser Anlage jährlich eine Rendite von 5.1 Millionen (3% Rendite). Die Kapitaleinkommen über 100'000 Franken werden mit der 99%-Initiative 1.5fach gezählt, dies ergibt 7.5 Millionen Franken. Anschliessend wird der Freibetrag von 100'000 Franken, der nicht von der Initiative betroffen ist wieder dazugerechnet. Herr S. hat also neu ein steuerbares Kapitaleinkommen von 7.6 Millionen, statt wie bisher 5.1 Mio.

Frau K. besitzt ein Haus, das sie vermietet. Dabei erhält sie 30'000 CHF Mietzins pro Jahr. Ausserdem besitzt Frau K. Aktien im Wert von 70'000 Franken. Diese bescheren ihr Dividenden in der Höhe von 2'100 Franken (3% Rendite). Insgesamt kommt Frau K. so auf ein Kapitaleinkommen von 32'100 CHF. Dies liegt unter dem Freibetrag von 100'000 CHF und ist somit nicht von der Initiative betroffen.

Von einer höheren Besteuerung wäre damit lediglich das reichste 1% der Bevölkerung betroffen, denn wer 100'000 Franken Kapitaleinkommen erhält, muss dafür mindestens drei Millionen Franken angelegt haben (unter Annahme einer Rendite von 3%). Ein entsprechendes Vermögen besitzen in der Schweiz nur etwa 80'000 Steuerpflichtige – also rund 1% der Bevölkerung.[14] Unternehmen werden mit der Initiative explizit nicht höher besteuert, da die Initiative nur natürliche Personen betrifft.

Die 99%-Initiative generiert dabei zusätzliche Steuereinnahmen in der Höhe von ca. 10 Milliarden Franken. Davon fallen rund zwei Drittel bei den Kantonen und Gemeinden an, ein Drittel kommt dem Bund zugute.

Von diesen Mehreinnahmen sollen die tiefen und mittleren Einkommen profitieren. Dies kann entweder durch steuerliche Entlastungen oder durch Investitionen zugunsten der sozialen Wohlfahrt geschehen. Konkret ermöglicht die Initiative damit z.B. eine Senkung der Krankenkassenprämien oder längst überfällige Investitionen in Weiterbildungsangebote, Kinderkrippen oder den öffentlichen Verkehr. Verteilt man die Mehreinnahmen gleichmässig auf die gesamte Schweizer Bevölkerung, bleibt damit jeder Person in der Schweiz jährlich 1'170 Franken mehr im Portemonnaie.

Mit der 99%-Initiative profitiert zudem auch die AHV von höheren Einnahmen: Unternehmensbesitzer*innen, die selber in ihrem Betrieb arbeiten, haben heute die Wahl, ob sie sich ihr Einkommen als Lohn oder Dividenden ausbezahlen wollen. Die Steuersenkungen auf Dividenden von Grossaktionär*innen haben dazu geführt, dass sich Unternehmer*innen heute oft für letzteres entscheiden. Da Kapitaleinkommen im Gegensatz zu Lohneinkommen nicht AHV-pflichtig sind, entgehen der AHV damit jedes Jahr rund 300-350 Millionen Franken.[15] Die 99%-Initiative schafft diesen gefährlichen Anreiz ab und generieren damit zusätzliche Einnahmen für die AHV.

---

14 Gemäss den Angaben der Gesamtschweizerischen Vermögensstatistik der natürlichen Personen der Eidgenössischen Steuerverwaltung (2020) verfügten im Jahr 2017 rund 81›730 Personen über ein Reinvermögen von mehr als 3 Millionen Franken. Dies entspricht 0.96% (also knapp einem Prozent) der ständigen Wohnbevölkerung desselben Jahres (8'484'130 Personen, gem. Bundesamt für Statistik). Da aber im Normalfall nicht das gesamte Reinvermögen investiert wird, sind in der Umsetzung noch weniger Menschen von der Initiative betroffen.

15 SGB (2016), S. 5.

WAS DIE SCHWEIZ GEWINNEN KANN

MEHR GERECHTIGKEIT!

Der Wohlstand in der Schweiz wird von den 99% erschaffen, die jeden Tag in Büros, Supermärkten oder Spitälern arbeiten, nicht von einer Handvoll Superreichen, die von leistungsfreien Profiten leben. Mit einer höheren Besteuerung der Reichsten geben wir das Geld an die wahren Leistungsträger*innen unserer Gesellschaft zurück – denn heute besitzt das reichste 1% bereits über 43% des Gesamtvermögens in der Schweiz. Die 99%-Initiative verhindert, dass Abzocker*innen durch Kapitaleinkommen noch reicher werden, während die tiefen und mittleren Einkommen immer mehr unter Druck geraten. Wir wollen diese Ungerechtigkeit stoppen und das Geld an jene Menschen rückverteilen, die dafür gearbeitet haben.

EINE STÄRKUNG DER DEMOKRATIE!

Die soziale Ungleichheit droht unsere Gesellschaft zu zerreissen. Superreiche kaufen sich ganze Medienhäuser und beeinflussen die Politik durch Lobbying und teure Abstimmungskampagnen. Die Folge sind undemokratische Machtverhältnisse auf Kosten der 99%. Diese bedrohen dabei auch unser Zusammenleben: Mit zunehmender Ungleichheit sinkt das physische und psychische Wohlbefinden der Menschen und Kriminalität und Gewalt nehmen zu. Wegen dem grossen politischen Machtungleichgewicht verlieren zudem immer mehr Menschen den Glauben an die Politik und verzichten auf politische Partizipation. Um diese schädlichen Tendenzen zu stoppen, müssen wir die Zunahme der sozialen Ungleichheit aufhalten und den 99% endlich ihre Stimme zurückgeben.

EIN STARKER SERVICE PUBLIC UND EINE ENTLASTUNG DER LÖHNE!

Steigende Mieten und Krankenkassenprämien fressen einen immer grösseren Teil des Einkommens der Menschen während in den Kantonen bei der Bildung, beim ÖV und beim Gesundheitssystem in den letzten Jahren massiv abgebaut wurde. Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen geben heute rund 40% ihres Einkommens für Steuern, Krankenkassen und Sozialversicherungen aus - fast gleich viel wie Topverdiener*innen, die dafür Rund 45% ihres Einkommens aufwenden müssen.[16] Von der viel beschworenen Abgabenprogression ist damit nur noch wenig übrig.

Die 99%-Initiative entlastet die arbeitende Bevölkerung durch Steuersenkungen und ermöglicht eine Stärkung des Service Public, z.B. durch höhere Prämienverbilligungen, Investitionen in Kitas oder einen Ausbau des ÖVs.

16 Lampart, D. / Schüpbach, K. (2020), S. 21.

WENIGER KRISEN AUF DEM BUCKEL DER 99%!

Mit dem Anstieg der Vermögensungleichheit droht sich unser Wirtschaftssystem selbst zu zerfleischen. Die Konzentration des Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit begünstigt Wirtschaftskrisen, während die Kaufkraft der breiten Bevölkerung sinkt. Darunter leiden die 99% und insbesondere kleine Unternehmen.

Von den Gefahren der zunehmenden Ungleichheit warnen inzwischen sogar internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF), die OECD oder die Weltbank. Eine Studie des Währungsfonds kommt denn auch zum Schluss, dass tiefere Ungleichheit und höhere Rückverteilung die wirtschaftliche Entwicklung fördern würden.[17]

EIN SCHRITT IN EINE FEMINISTISCHE ZUKUNFT!

Frauen leisten in der Schweiz noch immer doppelt so viel unbezahlte Arbeit im Haushalt und erhalten tiefere Löhne für dieselbe Arbeit. Ohne diese Arbeit würde unsere Gesellschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen. Trotzdem wird diese enorme Arbeit heute kaum wertgeschätzt und Frauen müssen harte ökonomische Einbussen in Kauf nehmen, weil die Belastung durch Care-Arbeit sie zu Teilzeitarbeit zwingt. Lohnungleichheit und unbezahlte Arbeit im Haushalt führen dazu, dass Frauen heute in der Schweiz trotz gleicher Arbeitsbelastung rund 108 Milliarden Franken weniger verdienen als Männer.[18] Entsprechend sind Frauen bei den tiefsten Einkommen übervertreten: Armut ist in der Schweiz deshalb vorwiegend weiblich. Mit der 99%-Initiative ermöglichen wir einen Ausbau des Service Public und eine Entlastung der tiefen Einkommen, was insbesondere Frauen zu Gute kommt.

BEHAUPTUNGEN UNSERER GEGNER*INNEN

«ALLE REICHEN ZIEHEN WEG»

Mehrere Studien[19] sowie die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Kantone von tieferen Einkommenssteuern unter dem Strich nicht profitieren. Die Steuerausfälle der bereits im Kanton wohnhaften Personen wiegen meist schwerer als die wenigen zuziehenden Reichen. Ausserdem ist die Steuermobilität der Reichsten innerhalb der Schweizer Kantone wesentlich höher als jene zwischen verschiedenen Ländern.[20] Mit der 99%-Initiative werden die Steuern in allen Kantonen erhöht. Superreiche können ihren Wohnsitz also nicht einfach in einen anderen Kanton verschieben, um die Steuer zu umgehen. Die Schweiz wäre auch mit einer Annahme der 99%-Initiative ein steuergünstiger Wohnort für Superreiche und bietet andere gewichtigere Standortfaktoren, wie eine ausgebaute Infrastruktur oder hohe politische

17 Ostry, J.D. et al. (2014), S. 25.

18 Wehrli, K. (2019).

19 Für eine Übersicht zum aktuellen Forschungsstand siehe Martínez, I. (2021), S. 33.

20 Brülhart, M. / Parchet, R. (2014).

Stabilität und Sicherheit.Für uns ist zudem klar: Wir sind nicht länger bereit, uns von den Superreichen erpressen zu lassen. In einer Demokratie müssen alle Stimmen gleich viel zählen, auch wenn die Reichsten uns mit dem Wegzug erpressen wollen.

«DIE INITIATIVE SCHADET DEN KMU UND ERSCHWERT UNTERNEHMENS-ÜBERGABEN»

Die Initiative besteuert keine Unternehmen, sondern nur das reichste 1% der steuerpflichtigen Privatpersonen. Die Initiative führt also in keinem Fall zu einer höheren Belastung von KMU. Im Gegenteil, die 99%-Initiative stärkt den KMU den Rücken: Dank der Rückverteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstandes steigt die Kaufkraft der Bevölkerung, wovon insbesondere lokal orientierte Betriebe wie Restaurants oder Coiffeursalons profitieren. So geben die einkommensschwächsten Haushalte 88% jedes zusätzlichen Frankens für den Konsum aus, während dieser Wert bei den reichsten Haushalten lediglich 42% beträgt.[21] Auch die Mehrheit der KMU-Besitzer*innen wird von der höheren Besteuerung der Dividenden nicht tangiert: 56% der Firmen in der Schweiz zahlen keine Unternehmensgewinnsteuer.[22] Diese Firmen erzielen also gar keinen Gewinn, den sie in irgendeiner Form als Kapitaleinkommen ausschütten könnten. Dazu kommen über 34% der Unternehmen, welche maximal 10'000 Franken Steuern bezahlen. Auch ihre Eigentümer*innen dürften die Schwelle von 100'000 Franken Kapitaleinkommen nur selten überschreiten. Bei den wenigen KMU-Eigentümer*innen, die mehr Kapitaleinkommen einstreichen, ist es richtig und wichtig, dass diese hohen Summen mit der 99%-Initiative gerecht besteuert werden.

Die Gegner*innen der 99%-Initiative behaupten zudem, die Besteuerung von Kapitalgewinnen führe dazu, dass KMU-Eigentümer*innen ihre Unternehmen teurer verkaufen müssten, um ihre Steuern zu bezahlen und dass erfolgreiche Unternehmensübergaben oder Verkäufe dadurch verhindert werden. Die Realität zeichnet ein anderes Bild: Die Mehrheit der EU-Länder kennt schon heute eine Kapitalgewinnsteuer, ohne dass die entsprechenden Schreckensszenarien eingetreten sind.

«AM SCHLUSS LEIDEN DIE TIEFEN EINKOMMEN»

Die Behauptung, dass tiefe Steuern für Reiche Wohlstand für alle schaffen wurde inzwischen von mehreren Studien widerlegt. Steuersenkungen für das reichste 1% führen zu einer signifikanten Zunahme der Ungleichheit, haben aber keinen positiven Effekt auf das BIP oder auf die Arbeitslosigkeit.[23] Tiefere Steuern für Reiche nützen den Reichen, aber sonst niemandem. Es gibt keinen Anhaltspunkt, dass tiefe Einkommen wegen höherer Steuern für die Reichen leiden müssten, im Gegenteil: Mit der der 99%-Initiative schaffen wir die Möglichkeit, die tiefen und mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten und den Service Public zugunsten der 99% zu stärken.

21 Bundesamt für Statistik (2019).

22 Schäfer, F. (2015).

23 Hope, D. / Limberg, J. (2020), S. 21.

«DIE INITIATIVE ZERSTÖRT DIE START-UP-SZENE IN DER SCHWEIZ»

Die Gegner*innen der 99%-Initiative behaupten, Start-up-Gründer*innen würden ihre Unternehmen aus Angst vor höheren Steuern in Zukunft nicht mehr in der Schweiz gründen. Dem widersprechen Umfragen bei Unternehmen und insbesondere Startup-Gründer*innen, welche die Besteuerung selber nicht als wichtigen Standortfaktor betiteln, sondern stattdessen die Nähe zu Freund*innen und Familie, die Lebensqualität am Unternehmensstandort, die leichte Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und gute überregionale Verkehrsanbindungen als gewichtige Kriterien angeben.[24] Für viele dieser Standortfaktoren ist eine Stärkung des Service Public, wie sie die 99%-Initiative bietet, von zentraler Bedeutung.

Wenn wir die Liste der beliebtesten Startup-Standorte Europas betrachten, bestätigt sich dieses Bild. Die drei populärsten Standorte - London, Tel-Aviv und Stockholm - liegen allesamt in Ländern, die schon heute eine Kapitalgewinnsteuer kennen. Ihrer Beliebtheit bei Startup-Unternehmer*innen scheint die Steuer nicht zu schaden.

«HÖHERE STEUERN BEHINDERN INVESTITIONEN»

Unsere Gegner*innen behaupten Aktionär*innen müssten sich bei höheren Steuersätzen höhere Dividenden auszahlen, um ihre Rendite aufrechtzuerhalten und die Steuern bezahlen zu können. Dieses Geld fehle dann angeblich in der Wirtschaft und behindere Investitionen. Diese Aussage lässt sich gleich doppelt widerlegen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in der Schweiz immer wieder Unternehmens- und Kapitalsteuern gesenkt oder ganz gestrichen. Trotz all dieser Steuergeschenke ist die Investitionsquote[25] gleich geblieben. Zu ähnlichen Schlüssen kommen auch Studien zu Kapitaleinkommenssteuerreformen in den USA[26] und Schweden[27]: Der Effekt von Kapitaleinkommenssteuern auf den Umfang von Investitionen ist gesamtwirtschaftlich höchst gering. Die Ausfälle durch die Steuerreformen der letzten Jahrzehnte sind nicht wie versprochen in die Realwirtschaft geflossen, sondern direkt in die Taschen des reichsten Prozents. Ein grosser Teil dieses Geldes wird für Finanzmarkspekulation verwendet, die keinen Wert schafft, sondern unser Wirtschaftssystem krisenanfälliger macht. Die höhere Besteuerung von realisierten Kapitalgewinnen und Dividenden schafft dagegen einen Anreiz, den Wert im Unternehmen zu halten und damit Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen.

24 Zürcher, B. (2010), S. 12.

25 Bundesamt für Statistik (2020a).

26 Yagan, D. (2015), S. 15.

27 Alstadsæter, A. et al. (2017), S. 75.

QUELLENVERZEICHNIS

- Alstadsæter, A. et al. (2017): Do dividend taxes affect corporate investment? In: Journal of Public Economics 151, 74–83. DOI: 10.1016/j.jpubeco.2015.05.001.
- Brülhart, M. / Parchet, R. (2014): Erbschaftssteuern und Mobilität der Steuerzahler. In: Die Volkswirtschaft - Plattform für Wirtschaftspolitik.
- Brunner, M. et al. (2020): Heterogeneity in Returns to Wealth - Evidence from Swiss Administrative Data. In: SSRN Electronic Journal. DOI: 10.2139/ssrn.3743616.
- Bundesamt für Statistik (2019): Haushaltseinkommen und -ausgaben (sämtliche Tabellen der Jahre 2015-2017).
- Bundesamt für Statistik (2020a): Investitionsquote. In: VGR 2020 - Wohlfahrtsmessung - Auswirkungen auf Bestände.
- Bundesamt für Statistik (2020b): Kontensequenz | VGR 2019. In: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung VGR.
- Caritas Schweiz (2020): Armut in der Schweiz.
- Eidgenössische Steuerverwaltung: Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen (2017). In: 2020.
- Hope, D. / Limberg, J. (2020): The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich.
- Lampart, D. (2010): Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft-Auswirkungen auf die Schweizer Konjunktur.
- Lampart, D. / Schüpbach, K. (2020): Verteilungsbericht 2020.
- Martínez, I. (2021): Beggar-Thy-Neighbour Tax Cuts: Mobility After a Local Income and Wealth Tax Reform in Switzerland. DOI: 10.3929/ethz-b-000463387.
- Martínez, I.Z. (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland - Alexandria. Washington, DC.
- Ostry, J.D. et al. (2014): Redistribution, Inequality, and Growth.
- Schäfer, F. (2015): Mehr als die Hälfte aller Firmen zahlt keine Steuern. In: Tages-Anzeiger.
- SGB (2016): Steuerausfälle der Unternehmenssteuerreform II: Schätzung. Bern.
- SRF (2020): «Bilanz»-Ranking - Das sind die reichsten Menschen der Schweiz. In: Schweizer Radio Fernsehen SRF - News.
- swissinfo (2003): 300 Reichste der Schweiz wurden wieder reicher - SWI swissinfo.ch. In: swissinfo.ch.
- UNIA (2020): Lohnschere-Studie 2020.
- Wehrli, K. (2019): «Es wäre ein riesiger Befreiungsschlag» - moneta - Magazin für Geld und Geist. In: moneta.
- Yagan, D. (2015): Capital Tax Reform and the Real Economy: The Effects of the 2003 Dividend Tax Cut.
- Zürcher, B. (2010): CEO-Umfrage zur Standortqualität in der Schweiz.